

## Antrag

der Bundesrät\*innen Korinna Schumann, Stefan Schennach, Christoph Steiner,  
Kolleginnen und Kollegen  
gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR

**auf Einspruch gegen den Beschluss des Nationalrates vom 27. April 2023 betreffend ein Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz (3293/A und 2013 d.B.)**

Die unterzeichneten Bundesrät\*innen stellen im Sinn der zitierten Gesetzesbestimmungen den Antrag, gegen den 1. Beschluss des Nationalrates vom 27. April 2023 betreffend ein Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz (3293/A und 2013 d.B.)

**einen Einspruch zu erheben.**

Der gegenständliche Antrag wird gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR wie folgt begründet:

Die 1703 gegründete Wiener Zeitung ist die älteste heute noch erscheinende Tageszeitung der Welt und stellt mit ihrer qualitativ hochwertigen Berichterstattung in einer hoch volatilen Zeit eine wichtige Quelle objektiver Nachrichteninformation dar. Zudem ist das Archiv der Wiener Zeitung, als Teil des UNESCO-Dokumentenerbes, ein unglaublich wertvoller Schatz, der beweist, wie groß die Verdienste der Wiener Zeitung im Bereich der Berichterstattung über kulturelle, politische und wirtschaftliche Ereignisse war und ist und den es zu bewahren gilt.

Wiewohl von zahlreichen prominenten Stimmen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Religion und Politik sowie allen Bereichen des öffentlichen Lebens große Proteste gegen die geplante Einstellung der Wiener Zeitung als Printmedium gekommen ist, hält die türkis-grüne Bundesregierung an diesem Vorhaben fest. ÖVP und Grüne sind im Begriff eines der wichtigsten journalistischen Kulturgüter in Europa dem Untergang anheimfallen zu lassen. An ihre Stelle soll ein Online-Medium treten – Print wird es nur noch „nach Maßnahme der zur Verfügung stehenden Mittel“ geben.

Die vorliegende Novelle bedeutet, dass die größte Einnahmequelle der Wiener Zeitung, versiegen wird – die Pflichtveröffentlichungen werden eingestellt. Die Verbreitungspflicht und der auf einen Euro pro Blatt limitierte Kaufpreis sowie das Fehlen von Inseraten tun ihr Übriges, um der Wiener Zeitung ihr wirtschaftliches Überleben als Printmedium unmöglich zu machen. Alternative Finanzierungskonzepte wurden – entgegen zahlreicher Forderungen – nicht nur nicht berücksichtigt, sondern bewusst nicht genutzt. Mit ihnen hätte die Wiener Zeitung als Printmedium ohne Qualitätseinbußen weiterbestehen können.

Insbesondere muss das betont werden, weil die Regierung üblicherweise im Umgang mit Geld für Medienarbeit nicht besonders sparsam agiert – zumindest, solange es um die eigene Werbewirksamkeit geht. So ist auf Grund einer parlamentarischen Anfrage bekannt, dass die türkis-grüne Regierung in den Jahren 2020 65 Millionen und 2021 73 Millionen Euro für Werbemaßnahmen ausgegeben hat und damit in den letzten Jahren Spitzenreiter bei den monetären Mitteln für Eigenwerbung ist.

Die Medienpolitik der Bundesregierung ist also in vielfacher Hinsicht ausgesprochen kritisch zu beurteilen beziehungsweise in überwiegenden Teilen klar abzulehnen.

Erst am 4. Mai 2023 wurde bekannt, dass die Redaktion der Wiener Zeitung mit dem Kurt-Vorhofer-Preis ausgezeichnet wird. In der Begründung heißt es, die Einstellung der ältesten noch bestehenden Tageszeitung der Welt sei ein nicht wieder gut zu machender Fehler und ein unwiederbringlicher Verlust für die österreichische Medienlandschaft.

Es ist dies der Abschlusspunkt nach zahlreichen Protesten. Angeführt seien an dieser Stelle die IG Autoren, die einen Protestbrief mit Unterschriften von 1516 Kunst- und Kulturschaffenden und 268 Kunst- und Kultureinrichtungen an die Bundesregierung richteten. Die Initiative Baukultur für Medienvielfalt sprach sich in einem offenen Brief an die Grünen Abgeordneten im Nationalrat ebenso für den Erhalt der Wiener Zeitung aus. Bereits sehr früh fanden sich zudem namhafte Politiker\*innen, die die Einstellung der Wiener Zeitung ablehnen – einer davon ist der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP).

Er fand im Rahmen einer Demonstration gegen die Einstellung der Wiener Zeitung am 25. April 2023 ausgesprochen deutliche Worte: „Woher nehmen sich die ahnungsvollen Leuchten des Politikgewerbes, Frau Raab und Frau Blimlinger, das Recht und die Frechheit, dieser 320 Jahre alten Institution den Garaus zu machen?“ Und: „Die Demokratie in Österreich ist nicht mehr in dem Maße gesichert, wie sie es einmal war!“

Unterstützerinnen und Unterstützer für den Erhalt der Wiener Zeitung gibt es aus sämtlichen Bereichen des österreichischen Lebens, die nachstehenden Persönlichkeiten haben sich für den Erhalt der Wiener Zeitung ausgesprochen:

Die Vertreter\*innen aller in Österreich anerkannten Glaubensgemeinschaften:

**Yüksel Bilgin**  
Präsident der Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

**Michael Chalpuka**  
Bischof der Evangelischen Kirche A.B.

**Oskar Deutsch**  
Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde

**Anba Gabriel**  
Bischof der Koptisch-orthodoxen Kirche in Österreich

**Thomas Hennefeld**  
Landessuperintendent der Evangelischen Kirche H.B.

**Arsenios Kardamakis**  
Metropolit der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Österreich

**Heinz Lederleitner**  
Bischof der Altkatholischen Kirche Österreichs

**Karl Peloschek**  
Vorsitzender der Freikirchen in Österreich

Christoph Kardinal Schönborn  
Erzbischof von Wien der Römisch-Katholischen Kirche

Stefan Schröckenfuchs  
Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich

Simon Soucek  
Präsident Österr. Kirchenvorstand der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage

Ümit Vural  
Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Gerhard Weissgrab  
Präsident der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft

Schon zuvor wurde die Unterstützung des Erhalts der Wiener Zeitung durch ein Personenkomitee aus dem öffentlichen Leben Österreichs eingefordert; folgende Persönlichkeiten haben dies unterzeichnet:

Rudolf Anschober  
Minister a.D.

Doris Bures  
Zweiten Nationalratspräsidentin

Franz Fiedler  
Rechnungshof-Präsident a.D.

Heinz Fischer  
Bundespräsident a.D.

Franz Fischler  
EU-Kommissar a.D.

Walter Geyer  
Staatsanwalt a.D.

Irmgard Griss  
OGH-Präsidentin a.D.

Herbert Haupt  
Vizekanzler a.D.

Michael Häupl  
Wiens Altbürgermeister

Othmar Karas  
EU-Parlamentsvizepräsident

Wolfgang Katzian  
ÖGB-Präsident

Johannes Kunz  
Journalist

Michael Ludwig  
Wiens Bürgermeister

Reinhold Mitterlehner  
Vizekanzler a.D.  
Heinrich Neisser  
Minister a.D.

Erwin Pröll  
Niederösterreichs Altlandeshauptmann

Maria Rauch-Kallat  
Ministerin a.D.

Karl Schlögl  
Minister a.D.

Heide Schmidt  
Nationalratspräsidentin a.D.

Rudolf Streicher  
Minister a.D.

Franz Vranitzky  
Kanzler a.D.

Peter Ambrozy  
Altlandeshauptmann von Kärnten

Claudia Bandion-Ortner  
Ministerin a.D.

Maria Berger  
Ministerin a.D.

Brigitte Ederer  
Staatssekretärin a.D.

Harald Ettl  
Minister a.D.

Alfred Gusenbauer  
Bundeskanzler a.D.

Doris Helmberger-Fleckl  
Chefredakteurin „Die Furche“

Klaus Herrmann  
Geschäftsführender Chefredakteur der Kronen Zeitung

Lore Hostasch  
Ministerin a.D.

Christian Kern  
Bundeskanzler a.D.

Andrea Kdolsky  
Ministerin a.D.  
Bernt Koschuh  
Journalist

Martin Kreutner  
Anti-Korruptionsexperte

Ferdinand Lacina  
Minister a.D.

Franz Löschnak  
Minister a.D.

Andreas Pfeifer  
Journalist

Wolfgang Waldner  
Diplomat und Kulturmanager

Christof Zernatto  
Altlandeshauptmann von Kärnten

Für den Erhalt der Wiener Zeitung meldete sich auch die Wissenschaft umfänglich zu Wort; die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition der Rektorinnen und Rektoren sind wie folgt:

Sabine Seidler  
Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz, Rektorin der TU WIEN

Kurt Koleznik  
Generalsekretär der Österreichischen FH-Konferenz

Andreas Altmann  
Rektor am Management Center Innsbruck

Gerald Bast  
Rektor der Universität für angewandte Kunst Wien

**Andreas Breinbauer**  
Leiter des Kollegiums der FH des BFI Wien, Vizepräsident der Österreichischen FH-Konferenz

**Walter Draxl**  
Rektor der FH Gesundheit Tirol

**Friedrich Faulhammer**  
Rektor der Donau-Universität Krems

**Wolfgang Fleischhacker**  
Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck  
**Elisabeth Gutjahr**  
Rektorin des Mozarteums Salzburg

**Edeltraud Hanappi-Egger**  
Rektorin der WU Wien

**Barbara Herzog-Punzenberger**  
Rektorin der Pädagogischen Hochschule Wien

**Brigitte Hütter**  
Rektorin der Kunsthochschule Linz

**Franz Keplinger**  
Rektor der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz

**Hendrik Lehnert**  
Rektor der Paris Lodron Universität Salzburg

**Meinhard Lukas**  
Rektor der Johannes Kepler Universität Linz

**Andreas Mailath-Pokorny**  
Rektor der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien

**Markus Müller**  
Rektor der Medizinischen Universität Wien

**Armin Paul**  
Geschäftsführer der FH Vorarlberg

**Erwin Rauscher**  
Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Niederösterreich

**Gerald Reisinger**  
Präsident der FH Oberösterreich

**Peter Riedler**  
Rektor der Universität Graz

Hellmut Samonigg  
Rektor der Medizinischen Universität Graz

Georg Schulz  
Rektor der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Sebastian Schütze  
Rektor der Universität Wien

Martin Staudinger  
Akademischer Leiter der Ferdinand Porsche FernFH

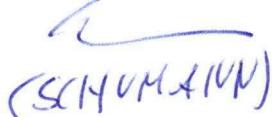
Roald Steiner  
Leiter des FH-Kollegiums der FH Salzburg  
Petra Steinmair-Pösel  
Rektorin der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Edith Stein  
Ulrike Sych  
Rektorin der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

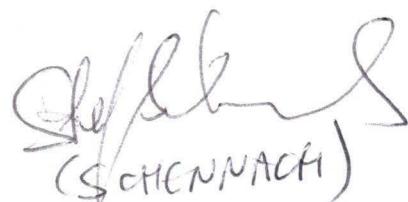
Uwe Trattnig  
Akademischer Leiter der Fachhochschule FH Joanneum

Oliver Vitouch  
Rektor der Universität Klagenfurt

Sabine Weisz  
Rektorin der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland

Diesem Anliegen – dem Erhalt der Wiener Zeitung – das von so vielen Menschen vehement und entschlossen gefordert wird, schließen sich die unterfertigten Mitglieder des Bundesrates dezidiert an und erheben daher gegen das vorliegende Gesetz gegenständlichen Einspruch.

  
(SCHUMONIGG)

  
(SCHULZ)

  
(SCHÜTZE)